



Eva Bulling-Schröter

Mitglied des Deutschen Bundestages
Energie- und Klimapolitische Sprecherin der
Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag

Eva Bulling-Schröter, MdB • Bahnhofstraße 5 • 85051 Ingolstadt

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Wahlkreis

Am BAchl 16
85049 Ingolstadt
Telefon (0841) 3796 284
Fax (0841) 8814 230
E-Mail: eva.bulling-schroeter@wk.bundestag.de

Ingolstadt, 26.04.2016

Solidaritätserklärung

—
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Um es gleich zu sagen: DIE LINKE unterstützt eure Forderungen nach sechs Prozent mehr Lohn. Ihr habt es verdient und ihr solltet es den Arbeitgebern, der sogenannten öffentlichen Hand auch wert sein. Denn wer gute Leistung bringt, der soll auch was davon haben.

Und in diesem Jahr, wie auch in den vergangenen geht es nicht nur um Lohnerhöhungen, die sind wichtig, aber nicht alles.

—
In Zeiten in der die Altersarmut vorprogrammiert ist, steht die betriebliche Altersversorgung und die Befristungspraxis im öffentlichen Dienst mit an erster Stelle. Wenn ich höre, dass in zwischen 60% der Beschäftigten im öffentlichen Dienst befristet arbeiten, dann kann ich nur sagen das ist unsozial und beraubt vielen ihrer Zukunftsperspektiven. Jede und jeder möchte seine Zukunft und auch Familie planen. Das wird verwehrt und zusätzlich führt dies zum regelmäßigen Bangen ob frau/man übernommen wird. Das fördert Angst und macht krank. Eine Situation, die unbedingt geändert werden muss.

—
Jetzt wird ja auch noch über die Rente mit 70 gesprochen. Das ist Wahnsinn! Niemand kann bis 70 seine volle Leistung bringen, nicht mal die die jetzt so einen Schwachsinn fordern. Was wir brauchen ist eine armutsfeste Rente, kein immer weiter verlängertes Alterseintrittsdatum und gute Arbeit, die nicht zu Altersarmut führt. Und das alles ist machbar. Machbar dann, wenn die Regierenden endlich einsehen, dass alle in die Rentenkassen einzahlen müssen und der sogenannte „Nachhaltigkeitsfaktor“ wieder zurückgeführt wird. Und das alles wäre finanzierbar, lasst euch da nichts einreden. Der Begriff alternativlos ist falsch, es gibt immer Alternativen. Und deshalb müssen auch die Regelungen zur Altersteilzeit neu verhandelt werden.

Zur Erinnerung: Die Bundesregierung beabsichtigt die Absenkung des Rentenniveaus bis 2030 auf 43 Prozent, und das für alle Beschäftigten in Deutschland. Wenn jetzt die kommunalen Arbeitgeber daherkommen und die Betriebsrenten kürzen wollen, dann werden die Beschäftigten im öffentlichen Dienst doppelt bestraft: zum einen durch die Absenkung des Rentenniveaus insgesamt und zum anderen durch die Kürzung der Betriebsrenten. Die Bundesregierung denkt als Gegenstrategie gerade darüber nach, die Betriebsrenten zu stärken.



Eva Bulling-Schröter
Mitglied des Deutschen Bundestages
Energie- und Klimapolitische Sprecherin
DIE LINKE im Deutschen Bundestag

Die kommunalen Arbeitgeber im öffentlichen Dienst machen genau das Gegenteil von dem, was im Moment diskutiert wird. Das geht doch gar nicht. Mit so etwas muss doch Schluss sein. Das läuft doch vollkommen gegeneinander. Das ist gegen die Interessen der Menschen gerichtet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Auch die rund 240 000 Beschäftigten des kommunalen Sozial- und Erziehungsdienstes, die im vergangenen Jahr wochenlang für eine bessere Eingruppierung gestreikt haben, sind in dieser Tarifrunde wieder gefragt. 2015 ging es darum, die Tätigkeiten im Sozial- und Erziehungsdienst im Verhältnis zu anderen Tätigkeiten aufzuwerten. Bei dieser Tarifrunde ist es wichtig, dass für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst eine Gehaltssteigerung folgt, damit die gerade erreichten Verbesserungen nicht verpuffen.

Und ich empfinde es als einen Skandal und ein Armutszeugnis, dass die Arbeitgeberseite mit ihrem Verhandlungsführer Innenminister de Maizière ver.di jegliche Verhandlungsbereitschaft verweigert. Und es kann nicht sein, dass auf Kosten der sogenannten Schwarzen Null Personal nicht mehr ersetzt wird und damit die Leistungsschraube immer weiter zuge dreht wird.

Und zum Schluss: Eine Übernahme der Auszubildenden ist in vielen Tarifverträgen mittlerweile gängige Praxis, insbesondere in den Industrietarifverträgen. Da muss der öffentliche Dienst unbedingt nachziehen.

Auszubildende werden nicht gleich zu Beamten auf Lebenszeit, wenn man ihnen eine Festanstellung garantiert. Alle reden landauf, landab über den Fachkräftemangel. Wieso hält man nicht an denen fest, die man jahrelang teuer ausgebildet hat? Das ist aus meiner Sicht unklug und in der Diskussion um Fachkräftemangel echt schräg.

Entweder haben wir tatsächlich einen Fachkräftemangel - dann brauchen wir die Ausgelerten als qualifiziertes Personal im öffentlichen Dienst -, oder das ganze Gerede vom Fachkräftemangel ist reines Gefasel und Geschwafel, um die Leute gefügig zu machen.

In diesem Sinne, liebe Kolleginnen und Kollegen wünsche ich euch aus Berlin für eure Kundgebung hier viel Erfolg, einen langen Atem, Ausdauer für die Tarifrunde. Ihr tut das Richtige und meine Unterstützung ist euch sicher!

Mit solidarischen Grüßen Eure

Eva Bulling-Schröter

Eva Bulling-Schröter, MdB